

problema veneto e l'Europa, 1859–1866. T. I–II, Venezia, 1966).

J'aimerais attirer l'attention sur l'étude très approfondie de Harald Stein sur les prises de position de la presse française concernant notre sujet (*Die Stellungnahmen der grossen Pariser Presse zum Österreichischen Verfassungs- und Reichsproblem in den Jahren 1859 bis 1861 unter besonderer Berücksichtigung des Österreichisch-Ungarischen Verfassungskonfliktes*, Köln, 1970, 240 p.). Il est très instructif de confronter le matériel exploré par M. Lorant avec la presse de la période de 1859–61.

La bibliographie témoigne d'un travail très détaillé et scrupuleux. À part celles qui sont mentionnées, il aurait été indiqué d'utiliser parmi la littérature spéciale, l'étude d'Endre Kovács qui a été le pre-

mier à faire un tour d'horizon de l'accueil européen du Compromis (*Ausztria útja az 1867-es kiegyezéshez* [Le chemin de l'Autriche vers le Compromis de 1867], Budapest, 1968).

Le livre de M. André Lorant, malgré les insuffisances mentionnées, est une élaboration approfondie, moderne et richement documentée, d'une question de détail importante. Nous avons l'impression que l'auteur a dépassé le but qu'il s'était fixé. Il n'a pas seulement donné l'occasion de connaître plus à fond l'échec international du Compromis austro-hongrois, mais il a également éclairé quelques points de l'histoire de la politique extérieure et intérieure de la France sous le Second Empire.

TIBOR FRANK

ISTVÁN DOLMÁNYOS

DIE KOALITION WÄHREND DER REGIERUNGSKRISE 1905–1906

A koalíció az 1905–1906. évi kormányzati válság idején

Budapest, Akademie-Verlag, 1976. 321 1.

Die Geschichte Ungarns am Anfang des 20. Jahrhunderts bietet für den Historiker zahlreiche Möglichkeiten zur Analyse bisher nicht genügend ausgelegter Probleme. Die scheinbare Windstille, die die Periode der Jahrhundertwende kennzeichnete, ging schnell zu Ende.

Nach der Darstellung der Voraussetzungen (Aus der Geschichte der ungarischen Parlamentsopposition 1901–1904, Budapest, 1963) nimmt István Dolmányos in seinem neueren Buch den Faden der Ereignisse mit der Analyse der Taktik der sich zu den sogenannten Winterwahlen im Januar 1905 vorbereitenden Parteien: Die Parteien die an der Koalition teilnahmen, verbandete die Tisza-Gegnerschaft und die Ablehnung der sogenannten Lex Daniel, deren Ziel die Bändigung der Obstruktion war. Hinsichtlich der zu verfolgenden Politik vertraten sie schon keinen einheitlichen Standpunkt. In der Wahlkampagne versuchten sie jedoch der Meinung einer breiteren Masse Ausdruck zu geben. Die stärkste Partei der Koalition war zweifellos die von Ferenc Kossuth, dem Sohn von Lajos Kossuth geleitete Unabhängigkeitspartei.

Es stellt sich aus den Erörterungen heraus, daß die Partei von Kossuth an den Wahlen im Januar – im Gegensatz zur von den bürgerlichen Historikern geerbten einseitigen Darstellung – nicht nur durch die Forderung der selbständigen Armee, des ungarischen Kommandos und des autonomen Zollgebiets die Mehrheit erwarb, sondern auch infolge ihrer sogenannten demokratischen Taktik und der Versprechung der Wahlrechtsreform. Der Beitritt der verschiedenen oppositionellen Gruppen zur Koalition verstärkte den bei den Leitern der Unabhängigkeitspartei ohnehin vorhandenen staatsrechtlichen und gesellschaftlichen Opportunismus. Die Winterwahlen brachten ein unerwartetes Ergebnis. Die seit 1875 regierende Liberale Partei erlitt trotz des beschränkten Zensus eine schwere Niederlage. Allein die Unabhängigkeitspartei, deren Leiter Ferenc Kossuth war, die sich in Äußerlichkeiten als der Erbe von Lajos Kossuth zeigte, sandte mehr Vertreter ins Parlament als die Partei von István Tisza. Der Sturz der Regierungspartei und die persönliche Niederlage von Tisza bedeutete zugleich nicht

den Sieg der Politik, die sich gegen den Ausgleich richtete, die absolute Mehrheit besaßen nämlich im neuen Parlament auch weiterhin die auf der Grundlage des Ausgleichs von 1867 stehenden Parteien. Das zahlenmäßige Ergebnis der Wahlen sah folgendermaßen aus: 151 Vertreter der Liberalen Partei, 159 der Unabhängigkeitspartei, 27 Dissidenten (die aus der Liberalen Partei unter Führung von Gyula Andrássy ausgeschiedene Gruppe), 24 der Volkspartei (unter Leitung von Nándor Zichy), 13 der Neuen Partei (die Partei des Ex-Ministerpräsidenten Dezső Bánffy), 10 Parteiloze und 9 Vertreter der Nationalitäten erhielten Mandaten.

Nach den Wahlen betraute man Gyula Andrássy mit der Regierungsbildung. Der Versuch endete nach der Meinung des Verfassers in erster Linie infolge des Verhaltens des Herrschers und der Dissidenten erfolglos. Aus der Analyse ergibt sich, daß die Leiter der Unabhängigkeitspartei – besonders Ferenc Kossuth – in der ersten Hälfte des Jahres im Interesse der Regierungsfähigkeit sogar zu staatsrechtlichen Zugeständnissen bereit gewesen wären. Die Apriladresse, dieses ausführliche Programm der Koalition, wird in einem selbständigen Kapitel analysiert. Im Laufe der Formulierung der Adresse machte die neue, oppositionelle Mehrheit des Parlaments im Vergleich zu ihren älteren Stellungnahmen sowohl in der Frage der Kommandosprache als auch des selbständigen Zollgebiets beträchtliche Zugeständnisse. Statt des von ziemlich breiten Massen geforderten selbständigen Zollgebiets nahm die Koalition die Konzeption der Agrarier „Zollgebiet in der fernen Zukunft“ an. Das Buch geht über die staatsrechtlich gefärbte Annäherung der älteren Historiographie hinaus und analysiert ausführlich die Stellungnahmen der einzelnen Interessenkreise des Handels und der Wirtschaft in der Zollpolitik. Die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und der Koalition werden ins rechte Licht gestellt. Die Sozialdemokratische Partei ging am Anfang 1905 der Koalition weit entgegen, sie bekundete seine Bereitschaft zur Unterstützung einer progressiven bürgerlichen Politik. Der Verfasser analysiert den Kongreß der Sozialdemokratischen Partei im April 1905 und geht auch auf die Kritik der Konzeption des österreichischen Sozialdemokraten Karl Renner ein. Im Mittelpunkt des Werks steht die Dar-

legung des sich im Sommer 1905 entfesselten Wahlrechtskampfs. Die Nachwelt schreibt in der unmittelbaren Entfaltung der Wahlrechtsbewegung dem Innenminister der im Sommer 1905 gebildeten Fejérváry-Regierung, József Kristóffy eine große Rolle zu. Außer der sorgfältigen Untersuchung der Rolle von Kristóffy behandelt das Buch auch solche Probleme, wie z. B. die Beziehung von Kristóffy und Franz Ferdinand oder die Frage, ob Kristóffy ein Höfling war. Der Verfasser betont im Zusammenhang mit der Entfaltung der Wahlrechtsbewegung zwei Momente: den Reformkampf der ungarischen Gesellschaft und die Taktik des Herrschers bzw. der Fejérváry-Regierung, den nationalen Streit durch die Auslösung eines Konflikts zwischen den beiden oppositionellen Kräften in einen Wahlrechtskampf zu verwandeln.

Der Verfasser vergleicht die ungarische Wahlrechtsbewegung mit der österreichischen. Bei der Darstellung der Mittelbarkeit der Wahlrechtsversprechung – Kristóffy konnte sein übrigens beschränktes Wahlrechtsprogramm nur als private Meinung vortragen, und Franz Joseph gestattete es der Regierung nicht, den Reformantrag von Kristóffy am 15. September im Parlament vorzulegen – betont Dolmányos die Verantwortung der Sozialdemokratischen Partei, von der die Fejérváry Regierung unterstützt wurde. Die Regierung verschaffte sich mit ihrer „demokratischen Taktik“ einen Verbündeten gegenüber der Opposition und hielt zugleich die Bewegungen der Arbeiterschaft unter Kontrolle. Mit der Analyse der Beziehungen zwischen der Koalition und der Sozialdemokratischen Partei gibt der Verfasser auch die Kritik der früher entstandenen historischen Werke, die sich mit diesem Problem beschäftigen. Man kann aber die Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei regierungsfreundlich wurde, in beträchtlichem Maße auf das Konto der Koalition schreiben. Im Sommer 1905 erreichte zwar die Koalition den Höhepunkt ihrer Popularität – ein Beispiel dafür war der Widerstand der Komitee – es fing aber zugleich ihr Verfall an. In der Frage des Wahlrechts veröffentlichte sie im August eine praktisch ablehnende Stellungnahme. Den Höhepunkt der Wahlrechtsbewegungen bildete die von den Sozialdemokraten organisierte imposante Demonstration am 15. September. Der „rote Freitag“ erreichte

aber sein Ziel, die Er kämpfung des allgemeinen Wahlrechts nicht. Im September 1905, nach der Vertagung des Parlaments und der erfolglosen „fünf Minuten langen Audienz“ in Wien wurde von neuem Géza Fejérváry mit der Regierungsbildung betraut. Die neue Regierung machte ihr Programm im Oktober 1905 an der „Budaer Vorlesung“ bekannt. Der Verfasser stellt fest: „Der im Dienst der Dynastie ergraute Feldzugmeister teilte zweifellos das sympathischste, am meisten durchdachte und umfangreichste Regierungsdokument in Ungarn vor dem zweiten Weltkrieg mit. Ein charakteristisches Merkmal des Programms war sein demokratischer Nebenton, der Fejérváry gar nicht geizte.“ Die Wahlrechtsreform erhielt in ihm einen wichtigen Platz. Das Programm der Regierung und der Wahlrechtskampf der Sozialdemokratischen Partei blieb selbst auf die Koalition nicht ohne Wirkung. Es handelt sich auch weiterhin nicht um den Eintritt für das Wahlrecht. Man betonte den Vorrang der nationalen Forderungen und die Notwendigkeit der verfassungsmäßigen Entfaltung und nahm von der Fejérváry-Regierung kein Geschenk an. Im Herbst 1905 bildete sich die Verfassungspartei innerhalb der Koalition unter Führung von Gyula Andrássy und Ignác Darányi, was ein weiteres Zeichen der Verstärkung der 6ter Richtung war.

Einige Kapitel unterbrechen zwar die chronologische Behandlung des Themas, sie schattieren aber das Bild zugleich feiner. Der Verfasser beschäftigt sich gesondert mit der Rolle der Nationalitäten, mit der Wirkung der russischen Revolution von 1905 und mit den einzelnen außenpolitischen Vorstellungen der Koalition. Er stellt den Annäherungsversuch der Koalition und der von F. Supiló geführten kroa-

tischen Opposition, die Umstände des Besuchs von Gyula Justh in Zagreb im September 1905 mit einer recht ausführlichen und nuancierten Analyse dar, bewertet die „ungarnfreundliche“ Äußerung der kroatischen oppositionellen Politiker, die Resolution von Fiume. Dolmányos betont, daß der Annäherungsversuch von seiten der Koalition keine entsprechende prinzipielle Grundlagen hatte. Wir erhalten weiterhin die ausführliche Analyse der Gründe des Zollkriegs zwischen der Monarchie und Serbien sowie der Werke derjenigen bürgerlichen Historiker, die sich mit den Fragen des Zollkriegs beschäftigten.

Am Anfang 1906 verschlimmerte sich die langwierige Regierungskrise von neuem. Einige Komitate antworteten auf die Auflösung des Parlaments mit passivem Widerstand. Die Unabhängigkeitspartei suchte den Ausweg aus der schweren Lage durch ein Abkommen mit dem Herrscher. Die langen Ausgleichsversuche führten endlich zu einem Erfolg. Die führenden Politiker der Unabhängigkeitspartei, an der Spitze mit Ferenc Kossuth, legten die militärischen Forderungen im wesentlichen beiseite und gingen die Regierungsbildung mit der formellen Annahme der Wahlrechtsreform ein. Die Punkte des Ausgleichs wurden im „Aprilpakt“ zusammengefaßt. Der Verfasser bewertet die Regierungskrise 1905–1906 und ihren Abschluß folgendermaßen: „Wenn der nationale Widerstand in vieler Hinsicht eine schlechte Kopie von 1848–1849 war, nennt man das Abkommen vom April mit Recht die Parodie des Ausgleichs. ... Die Koalition erhielt – statt etwas dem Werk von Deák ähnliches zu erringen – nur das, was Deák und seine Gefährten einmal schon erworben hatten.“

ZOLTÁN MAJOR